

WAHLPRÜFSTEINE des BUND Dortmund zur Kommunalwahl am 13.9.2020

Antworten der CDU

Mobilität

- 1. Werden Sie sich dafür einsetzen, für den Radverkehr pro Einwohner künftig mehr als die geplanten 10 Euro pro Jahr bereitzustellen (aktuell 1,50 Euro, in Kopenhagen 30 Euro)? Wenn ja: In welcher Höhe?**

Die CDU Dortmund wird sich dafür einsetzen, dass im Unterschied zur Vergangenheit die bestehenden Budgets tatsächlich auch verbaut werden. Wir sind überzeugt, dass sich hierdurch die Bedingungen für den Radverkehr in Dortmund signifikant verbessern werden. Der bloße Vergleich von Budgets in und mit anderen Städten greift für uns zu kurz. Entscheidend ist für uns ein Dortmunder Weg, der das Radfahren in der Flächenstadt Dortmund attraktiver und sicherer als in der Vergangenheit macht.

- 2. Werden Sie sich für die Erhöhung der Pkw-Parkgebühren und die Reduzierung der Pkw- Stellplätze in der City einsetzen? Wenn ja: In welcher Höhe?**

Die Erreichbarkeit der City mit dem PKW ist für uns wichtig. Dortmund ist das Oberzentrum Westfalens. Die Geschäfte und öffentlichen Einrichtungen in der Stadt sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie geben vielen Menschen Arbeit. Der Standpunkt der CDU in der Frage der Pkw-Parkgebühren wird daher von Maß und Mitte geprägt sein. Im Einzelfall können wir uns eine Reduzierung von Pkw-Stellplätzen vorstellen (z.B. bei einem Fahrradparkhaus auf dem Deck einer bisherigen Kfz-Tiefgarage oder bei dem auf unsere Initiative zurückgehenden Radrिंग um den Wall). Für uns ist entscheidend, dass wir Stadträume immer ganzheitlich und nicht einseitig ideologisch betrachten. Das Thema Parkgebühren muss zwingend auch regional abgestimmt werden.

- 3. Werden Sie sich dafür einsetzen, dem motorisierten Individualverkehr Fläche zugunsten von Radverkehr und Fußgängern zu entziehen? Wenn ja: Wo?**

Entscheidend sind intelligente Lösungen, um den Fuß- und Radverkehr zu fördern. Etwa ein Fahrradparkhaus auf dem Deck einer bisherigen Kfz-Tiefgarage oder ein durchgängiger Radrिंग um den Wall – unter der Reduzierung von Parkplätzen, aber ohne Wegfall von Kfz-Verkehrsspuren. Solche cleveren Lösungen können uns auch an anderen Stellen im Stadtgebiet als Blaupause zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs dienen. Wir werben dafür, dass Stadträume insgesamt betrachtet werden und nicht nur lediglich zu Lasten einer Gruppe von Verkehrsteilnehmern. Die CDU-Fraktion hat – z.B. bei der planerischen Gestaltung der Verkehrsflächen-Zonierung am Wallring – gezeigt, dass intelligente, den gesamten Verkehrsraum betrachtende Lösungen zielführend sind. Dieses Muster wird "Blaupause" unseres Handelns auch in der Zukunft sein.

- 4. Werden Sie sich gegen den Weiterbau der L 663n nach Unna nördlich der Ortsteile Asseln und Wickede einsetzen?**

Der Weiterbau der OWIIIa / L 663n in Richtung Unna ist von allen beteiligten Kommunen sowie dem nordrheinwestfälischen Landtag beschlossen worden. Der Weiterbau entspricht auch unserer politischen Zielsetzung und findet daher unsere Unterstützung. In der letzten Ratssitzung (18./19. Juni 2020) hat der Rat der Stadt Dortmund mit unseren Stimmen mehrheitlich beschlossen, in Kooperation mit dem

Kreis und der Stadt Unna sowie der Stadt Kamen eine Planungsvereinbarung für die vorbereitenden Arbeiten für die Planung der OWIIIa / L663n mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW zu vereinbaren.

5. Sind Sie für die Beendigung der Subventionen und den langfristigen Rückbau des Dortmunder Flughafens?

Für die CDU Dortmund hat sich der Dortmunder Flughafen unter den bestehenden Rahmenbedingungen hinsichtlich Betriebszeiten und der baulichen Länge der Start- und Landebahn als landesbedeutsam am Markt etabliert. Änderungsbedarf an den bestehenden Rahmenbedingungen sehen wir nicht. Die Bewältigung der Folgen der Corona-Krise wird zeigen, ob ein dezentraler Luftverkehr in Europa noch marktgängig sein wird.

Stadtplanung

6. Werden Sie sich dafür einsetzen, in neuen Gewerbegebieten die Anzahl der flächenverbrauchenden Großparkplätze z.B. durch den Bau von Tiefgaragen zu reduzieren und auf gewerblichen Flachdächern Dachbegrünung und/oder Fotovoltaikanlagen über Satzungen oder städtebauliche Verträge vorzuschreiben?

Angesichts einer Arbeitslosenquote von 11% halten wir zuvorderst die Schaffung von Arbeitsplätzen für relevant. In Absprache mit Investoren befürworten wir Verkehrskonzepte. Die CDU begrüßt Dachbegrünung und die Installation von Photovoltaikanlagen. Entscheidend ist, dass die Stadt dafür nicht in die Eigentumsrechte von Immobilieneignern eingreift und diese zwanghaft verpflichtet, sondern dass individuell über solche Investitionen entschieden werden kann. Anstelle von Vorschriften sollte die Stadt auf Überzeugung und Anreize setzen. Die jüngst durchgesetzte Verpflichtung zu verschränkter Dachbegrünung UND Photovoltaik lehnt die CDU strikt ab.

7. Werden Sie sich für die Überarbeitung des Flächennutzungsplans einsetzen mit dem Ziel, ökologisch bedenkliche Wohnbaugebiete wie „Rhader Hof“ in Bövinghausen und „Wickede-West“ in Landschaftsschutzgebiete umzuwandeln?

Die CDU unterstützt die Realisierung der Wohngebiete „Rhader Hof“ und „Wickede West“, da diese helfen, den in allen Marktsegmenten in Dortmund dringend benötigten Wohnraum zu realisieren. Mit dem mit unseren Stimmen in der letzten Ratssitzung (18./19. Juni 2020) mehrheitlich beschlossenen Landschaftsplan wird das Stadtgebiet zu ca. 10 Prozent seiner Fläche aus Naturschutzgebieten und geschützten Landschaftsbestandteilen bestehen. Dies ist ein auch im interkommunalen Vergleich herausragender Wert.

8. Werden Sie sich für die Planung autofreier Wohnbaugebiete einsetzen? Wenn ja: Wo können Sie sich das vorstellen?

Für die CDU ist der Pkw-Verkehr ein Verkehrsträger neben anderen – nicht wichtiger als andere Verkehre, aber auch nicht unbedeutender. Im Mittelpunkt bei der Planung von neuen Wohnquartieren soll eine jeweils gute verkehrliche Erschließung stehen. Diese besteht für uns aus einem entsprechenden Erreichbarkeitsmix für PKW , ÖPNV , Radverkehr und Fußgänger. Der genaue Erschließungsmix ist abhängig von der jeweiligen Lage des Wohnbaugebiets. Wo möglich, unterstützen wir klimaneutrale

Quartiersentwicklung.

9. Werden Sie sich dafür einsetzen, nachwachsende Rohstoffe wie Holz im Geschosswohnungsbau in Dortmund (wie z.B. in Wien) verstärkt zu nutzen?

Ziel der Dortmunder CDU ist die deutliche Steigerung des Wohnungsbaus in allen Segmenten, um der Nachfrage am Wohnungsmarkt gerecht zu werden. Hierzu ist es notwendig, dass entsprechende Baumaßnahmen erfolgen. Die Frage, mit welchen Baustoffen dies geschieht, sehen wir in der Verantwortung der Bauherren und Wohnungsbaugesellschaften. Nachwachsende Rohstoffe sollten verstärkt eine Rolle spielen.

10. Werden Sie sich dafür einsetzen, städtische Baugrundstücke zur Vermeidung von Bodenspekulationen verstärkt im Wege des Erbbaurechts zu vergeben?

Die Vergabe bzw. Veräußerung von städtischen Baugrundstücken orientiert sich für die CDU grundsätzlich danach, für welchen Zweck das jeweilige Grundstück genutzt werden soll und wo dieses jeweils gelegen ist. Damit sind auch Vergaben im Erbbaurecht im Einzelfall möglich.

Klimaschutz und Energie

11. Werden Sie sich dafür einsetzen, den Dortmunder Energieversorger DEW21 vollständig in kommunales Eigentum zu überführen?

Nein, eine vollständige Re-Kommunalisierung von DEW21 ist aus Sicht der CDU weder notwendig noch sinnvoll. Die wirtschaftliche Entwicklung von DEW21 ist überaus zufriedenstellend und trotz steigenden Wettbewerbs- und Margendrucks werden auch in den nächsten Jahren stabile positive Betriebsergebnisse erwartet. Zudem ergeben sich nach unserer Erwartung durch die Partnerschaft mit Dritten, national und international erfahrenen und z.B. mit eigenen Forschungskapazitäten versehenen Energie- Unternehmen, neue und verbesserte Marktchancen. Wir sind entschieden dafür, Kooperationsmöglichkeiten dieser Art in der Region im Interesse der Dortmunder KundInnen energisch und engagiert zu nutzen.

Nicht vergessen wollen wir in diesem Zusammenhang die bedeutsame kontroll-hygienische Komponente der Präsenz eines versierten energiewirtschaftlichen Partners in den Steuerungs- und Aufsichtsgremien unseres Unternehmens - oftmals versierte energie-fachliche Expertise, die im Bedarfsfall mühelos heranzuziehen, ansonsten nur sehr kostspielig extern zu akquirieren sein wird.

12. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Dortmund ihre Beteiligungen an Unternehmen aufgibt, die in erheblichem Maße fossilen Energieträger nutzen (z.B. Verkauf der RWE-Aktien)?

Als größter Strom- und Gasversorger der Region vollzieht RWE gerade die bedeutendste strategische Neuausrichtung der Konzerngeschichte. Bis 2030 strebt RWE eine CO₂- Reduktion um 70% an, bis 2040 will man klimaneutral sein. Bereits jetzt ist RWE einer der internationalen Marktführer im Bereich der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und diese Entwicklung soll in den nächsten Jahren konsequent weiterverfolgt werden. Ein Verkauf der städtischen RWE-Aktien aus rein ideologischen Gründen kommt für die CDU nicht in Frage.

Naturschutz / Ökologie

13. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Anwendung von Pestiziden und Kunstdünger auf städtischen Flächen zum Schutz der Artenvielfalt zu reduzieren und in Naturschutzgebieten bzw. in einem Umkreis von mindestens 50 Metern grundsätzlich auf den Einsatz dieser Stoffe zu verzichten?

Wir haben uns in Dortmund bereits auf den Weg zur pestizidfreien Kommune gemacht. In Bezug auf städtische Flächen hat der Rat der Stadt Dortmund mit unseren Stimmen in seiner Sitzung am 4. Juli 2019 beschlossen, dass auf städtischen Flächen keine glyphosathaltigen Herbizide verwendet werden. Seit zwei Jahrzehnten verzichtet die Stadt Dortmund, soweit es uns bekannt ist, freiwillig auf den Einsatz von Pestiziden. Auch die EDG verzichtet auf den Einsatz von Glyphosat. Bei der Neuverpachtung landwirtschaftlicher Flächen und bei Verlängerung bestehender Pachtverträge durch die Stadt werden Pächter vertraglich verpflichtet auf die Verwendung von Glyphosat zu verzichten. Den eingeschlagenen Weg gilt es weiterzugehen. Wir setzen auf biologische, mechanische oder thermische Maßnahmen zum Pflanzenschutz. Die kommunalen Einflussmöglichkeiten haben aber Grenzen. Darüber hinaus müssen jenseits der kommunalen Ebene die Forschungs- und Förderprogramme zum alternativen und integrierten Pflanzenschutz intensiviert und die Chancen digitaler Techniken für Düngung und Pflanzenschutz nutzbar gemacht werden.

14. Werden Sie sich für die Überarbeitung des städtischen Waldpflegekonzepts von 1993 einsetzen, verbunden mit dem Ziel, bodenschonende Holzernteverfahren (u.a. mit Winden und Rückepferden) sowie ein Biotopbaumkonzept (u.a. Erhalt von mindestens 10 Altbäumen pro Hektar) einzuführen?

Im Bedarfsfall begrüßt die CDU eine Aktualisierung des städtischen Waldpflegekonzeptes. Über Sinnhaftigkeit und Umsetzbarkeit von bodenschonenden Holzernteverfahren und eines Biotopbaumkonzepts müssen zunächst auf Grundlage exakter thematischer Auf- und Vorbereitung der Fachverwaltung die Gremien und die jeweils zuständigen FachexpertInnen beraten. Zielsetzung für die CDU ist ein gesunder Waldbestand auf Dortmunder Stadtgebiet.

15. Werden Sie sich dafür einsetzen, den neuen Landschaftsplan im Hinblick auf eine strikte Anleinplicht für Hunde in allen Naturschutzgebieten zu überarbeiten?

Der Satzungsbeschluss für die Neuaufstellung des Landschaftsplanes Dortmund wurde aktuell erst vom Rat am 18./19. Juni 2020 gefasst. Gemäß interfraktionell und insoweit mehrheitlich gefasster Vereinbarung werden wir die Erfahrungen mit dem neuen Landschaftsplan abwarten, evaluieren und ggf. im Rahmen späterer Anpassungen über die Frage der Anleinplicht für Hunde gegebenenfalls neu befinden.

Im Übrigen weisen wir gern darauf hin, dass die Dortmunder Wälder nach unserer Auffassung schützenswerte Natur- und Erholungsräume darstellen und bleiben sollen. Aber: Im Einklang mit der Natur muss der Zugang allen möglich sein! Den Wäldern kommt in unserem Ballungsraum auch eine wichtige Funktion für Erholung, Sport- und Freizeitaktivitäten der Bevölkerung zu. Das von Ihnen apostrophierte Thema "freilaufender Hunde" ist sicher zu beobachten. Wer allerdings nicht möchte, dass unsere Dortmunder Wälder zu beliebig nutzbaren "Freizeit- u. Event-Parks" degenerieren (wie in der Hoch-Zeit der Corona-Krise erlebt), der wird sich zumindest

gleichrangig mit den Themen zunehmender Vermüllung, unerlaubter Reit-Nutzung, unzureichender Kontroll- Dichte (nur 4 MA für alle (!) Wälder) im Forst-Betrieb und nicht zuletzt um die zunehmend intensiver werdende - in Teilen rücksichtslose, fordernd-militante - Mountain-Bike- Nutzung, speziell auch abseits der Wege, kümmern müssen.

Das trägt - speziell in hügeligem Gelände - extrem bei zur Zerstörung der Wege / Anlegung illegaler "Trails", massiver Abtragung humoser Bodenschichten, der Freilegung lebensnotwendigen Wurzelwerks ohnehin strapazierter Bäume und unschönen Konflikt- Szenen. Dass Mountain-Biker (speziell in "Rudeln") abseits der (auch übrigens nicht zugelassenen!) Wald-Wege - wie auch freilaufende Hunde - speziell in den Abendstunden (helle Jahreszeit) Wild und brütende Vögel aufstören - auch das sollte u.E. Thema & und Arbeitsfeld des BUND sein. Unser Thema wird dies nach weiterer Beobachtung der Entwicklung u.a. sein müssen.